

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Stadtteilbeirat Osterholz

(Öffentliche Beiratssitzung am 09.10.2007)

An das
Ortsamt Osterholz
Osterholzer Heerstraße 100
28325 Bremen

Der Beirat Osterholz möge beschließen:

Der Beirat Osterholz bittet den Gesamtbeirat sowie den neuen Bürgerschaftsausschuss für Beiräte, Ortsämter und Bürgerbeteiligung sowie die Senatskanzlei den Rahmen für die Bildung von Jugendbeiräten in den Bremer Stadtteilen zu prüfen, um möglichst einheitlich in Bremen vorzugehen.

Bereits im Sommer 2006 fand eine Novellierung des Beirätegesetzes statt, nach der die Gründung von Jugendbeiräten in den Bremer Stadtteilen ermöglicht wurde. Ein entsprechender Ausschuss des Beirates Osterholz soll die Gründung von Jugendbeiräten vorbereiten. Hierbei sind verschiedene Fragen aufgetreten, die abschließend geprüft werden sollen:

1. Welcher Mindestrahmen ist für die Gründung von Jugendbeiräten notwendig?
2. Wer wählt die Jugendbeiräte eines Stadtteiles? (Demokratische Legitimation?)
3. Sollen die Jugendbeiräte in Bremen einheitlich gestaltet werden oder aber gibt es Mindestvoraussetzungen, die ein Jugendbeirat erfüllen muss?
4. Sofern Jugendbeiräte ein eigenes Budget (ein Teil der Globalmittel) erhalten: Wer ist für die Bescheid-Erteilung und Abrechnung der entsprechenden Gelder zuständig?
5. Wer führt die Wahlen durch?

Bremen, den 09.10.2007

gez. Horst Massmann gez. Günter Hohn gez. Ralf Dillmann
(SPD-Fraktion) (CDU-Fraktion) (Bündnis 90/Die Grünen)

- Antrag Nr. 5 einstimmig beschlossen -